



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



PROFESSOR DR. ROLF RODENSTOCK

Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

DIE DEUTSCHE INDUSTRIE IN EINER SICH
WANDELNDEN WELT

MITTWOCH, 7. MAI 1980



Herr Stödter, meine Herren!

Ich freue mich, Guest des Übersee-Clubs zu sein und Gelegenheit zu haben, einige Gedanken zu den vor uns liegenden Problemen und Konsequenzen aus einer veränderten wirtschaftlichen und politischen Lage zu äußern. Brevis esse laboro – also möchte ich mich auf wenige wesentliche Elemente beschränken, soweit sie mit hinlänglicher Wahrscheinlichkeit den weltwirtschaftlichen Rahmen für eine einigermaßen vorhersehbare Zukunft bestimmen werden, in den die deutsche Industrie in so hohem Maße integriert ist.

Sie werden Verständnis dafür haben, wenn ich auf den untauglichen Versuch verzichte, zu den vielen und zwangsläufig sehr voneinander abweichenden mittelfristigen Prognosen volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung und Wachstumserwartungen noch eine weitere hinzuzufügen. Die einer solchen Prophetie zugrunde zu legenden Annahmen sind bei der gegebenen internationalen Lage von derartig spekulativer Natur, daß dabei allenfalls so etwas wie ein delphisches Orakel herauskommen könnte.

Sicher scheint mir dabei nur eine Erkenntnis zu sein: Der wirtschaftliche Verlauf während der vergangenen Periode und daraus abzuleitende Erfahrungen geben nur wenig verlässliche Anhaltspunkte für die vor uns liegende Zukunft.

Diese Feststellung gilt allerdings mit einer gewichtigen Einschränkung insoweit, als die großen strukturellen Veränderungen, die die deutsche Industrie in der Vergangenheit – ausgelöst durch veränderte Wechselkursrelationen und weltweite Industrialisierung und technologischen Wandel – zu bewältigen hatte, keineswegs schon zum Abschluß gelangt sind. Wir erlebten in den 70er Jahren, daß solche Strukturveränderungen in Zeiten schwachen Wirtschaftswachstums und erst recht bei einer allgemeinen Rezession und hoher Arbeitslosigkeit ökonomisch wie sozial weit größere Schwierigkeiten und Spannungen verursachen als in einer Phase ausreichenden wirtschaftlichen Wachstums.

Ob wir in Anbetracht der Ölpreisentwicklung und bei zu befürchtenden weltweiten Versorgungsschwierigkeiten ein solches ausreichendes Wachstum bewerkstelligen können, muß allerdings bezweifelt werden. Die deutsche Industrie muß sich in den kommenden Jahren schneller und nachhaltiger, als es ihr lieb ist, auf geänderte Produktions- und Absatzbedingungen einstellen. Das künftige Kaufverhalten der privaten Haushaltungen wird unserer Konsumgüterindustrie einschließlich der Automobilhersteller neue Daten setzen. Wärmedämmung und neue Heiztechniken werden den gesamten Wohnungsbau beeinflussen, nicht zuletzt bringen in der Mikroelektronik technologische Entwicklungsprozesse kräftige Impulse in die Nachrichtentechnik und in alle elektronischen Medien. Neue Investitionsgütersparten sind für den Einsatz von Wärmepumpen, Solarenergie und Kohleveredelung in eine expansive Phase getreten, wie auf der Hannover-Messe eindrucksvoll demonstriert wurde. Bei all diesen teils negativ, teils positiv zu bewertenden strukturveränderten Kräften kann ich, ohne dramatisieren zu wollen, doch nicht verhehlen, daß unser Gang in die Zukunft eine recht exponierte Wanderung auf einem schmalen Grat werden wird und wir alle Mühe haben werden, dabei die Balance zu halten. Dabei gehe ich nicht so weit wie der Bundeskanzler, der einmal sagte: Zu Ende dieses Jahrzehnts wird nichts mehr so sein wie an seinem Beginn. Wie dem auch sei, Import- und Exportströme werden sich aus Gründen geänderter internationaler Wettbewerbsbedingungen, steigender Rohstoff- und Mineralölpreise weit mehr verändern und verlagern, als dies in der Vergangenheit geschah.

Zunächst gibt es bei aller Besorgnis glücklicherweise einige Fakten, die uns in verhältnismäßig guter Kondition in das neue Jahrzehnt aufbrechen lassen. Die Industrie ist gut beschäftigt. Sie verfügt über ein erfreuliches Auftragspolster, besonders aus dem Ausland und bei Investitionsgütern. Der Export nahm in den ersten drei Monaten 1980 nach einer Zunahme von knapp 10% im vergangenen Jahr sogar um ca. 20% zu – die Einfuhr freilich um fast 30%. Die Verbrauchernachfrage war – allerdings bei rückläufiger Sparquote – überraschend lebhaft, so daß alles in allem genommen das BSP real sicher um 2,5% steigen wird und eine Rezession oder gar Krise derzeit nicht vor der Türe steht. Mehr als ein Schönheitsfehler war freilich die Lohnrunde, die auf die volkswirtschaftliche Belastung der inzwischen um 130% gegenüber 1978 gestiegenen Mineralölpreise keine Rücksicht nahm und die Lohnstückkosten der Industrie um 3,5 bis 4% nach oben drückt.

Bedenklich muß uns auch die Tatsache stimmen, daß sich trotz aller erfolgreicher Exportanstrengungen das Loch in unserer Leistungsbilanz 1978 + 18 Mrd., 1979 – 10 Mrd. in den ersten zwei Monaten 1980 noch weiter vergrößerte. Mit 4,5 Mrd. DM war es annähernd bereits halb so groß wie im ganzen Jahr 1979.

Wir wissen alle, daß die sogenannte Ölrechnung von 65-70 Mrd. DM und die Ausgaben von ca. 32 Mrd. DM für Auslandsreisen schwere Belastungen für die Leistungsbilanz bedeuten. Weniger bekannt, jedoch für die Industrie und ihre Beschäftigungslage höchst signifikant ist das Phänomen der vehement steigenden Fertigwareneinfuhren. Sie nahmen 1979 wiederum um 12% zu. Viele sehen darin ein Symptom verschlechterter Standort- und Kostenbedingungen, zumal der sich verstärkende Trend seit vielen Jahren zu beobachten ist.

Fertigwaren machen jetzt schon über 50% der Gesamtimporte aus. Ausländische Produkte decken die Inlandsnachfrage mit Quoten, die zwischen 30 und 50% liegen. In der Unterhaltungselektronik liegen sie zum Teil noch deutlich darüber. Bei Textilerzeugnissen liegen wir im Pro-Kopf-Anteil mit Abstand an der Weltspitze aller

großen Industriestaaten und 10mal so hoch wie Japan. Die hohen Anteile ausländischer Produkte am deutschen Markt sind für viele deutsche Produzenten ein großes Handicap, und dennoch können und wollen wir aus vielerlei Gründen an unserer liberalen Einfuhrpolitik nicht rütteln. Diese Einstellung ist für den BDI nicht immer leicht durchzuhalten; wir müssen daher für internationale Reziprozität plädieren, damit die Bundesrepublik nicht eines Tages als Musterknabe allein auf weiter Flur steht.

In einer Reihe von Industrieländern, so auch in der EG, wächst die Neigung, sich gegen zunehmende Importe abzuschirmen. Wirtschaftliche Schwierigkeiten bergen anscheinend – ebenso wie politische Spannungen – immer wieder die Gefahr von Kurzschlußreaktionen, die ihrerseits protektionistische Kettenreaktionen auslösen können. Immer schärfert zeichnen sich in der internationalen Handelspolitik Unterschiede zwischen offiziellen Absichtserklärungen und den Realitäten ab. Glaubensbekenntnisse zum freien Welthandel und Zusicherungen im GATT und der OECD zu verstärkter Disziplin im internationalen Handel vertragen sich jedoch nicht mit der Neigung vieler Regierungen, auch der sogenannten Schwellenländer, auf Forderungen nach Schutz- und Hilfsmaßnahmen einzugehen, die die mühsam ausgehandelten GATT-Ergebnisse mühelos unterlaufen können. Ständig subventionierte Staatsunternehmen, wie wir sie z.B. in Italien erleben, sind ein Wettbewerbskapitel für sich!

Angesichts der Unbedenklichkeit, mit der von EG-Ländern der Artikel 115 des EWG-Vertrages in Anspruch genommen wird, um Importe aus dritten Ländern zu Lasten des liberalisierten deutschen Marktes abzuwehren, müssen wir von der Bundesregierung erwarten, daß sie ihren Einfluß entsprechend geltend macht, damit solche Praktiken so weit wie möglich unterlassen werden.

Die Offenheit von Märkten hat ohne Zweifel Konsequenzen, die mitunter ganz außerordentliche Härten mit sich bringen, weil nicht mehr wettbewerbsfähige Produktionen zugunsten international leistungsfähiger Sektoren schrumpfen müssen. Einige Branchen haben bei uns in der Vergangenheit bereits diese bittere Erfahrung machen müssen, und weiteren kann es durchaus noch ähnlich ergehen. Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit lassen sich auf Dauer aber nur bei freien Märkten erhalten und steigern. Die Tatsache, daß wir über ein Viertel unseres Sozialproduktes auf den Weltmärkten absetzen, beweist – zumindest bis zum heutigen Tage – die Richtigkeit einer liberalen Einfuhrpolitik.

Meine Herren, lassen Sie mich nun unsere Exportaussichten ein wenig unter die Lupe nehmen. Wenngleich sie uns heute noch keine unmittelbaren Sorgen bereiten, werden wir doch einige Anstrengungen auf diesem Gebiet unternehmen müssen. Eine weitere erhebliche Verschärfung des internationalen Wettbewerbs zeichnet sich ab, da sich viele Länder darum bemühen, die sprunghaft gestiegenen Devisenaufwendungen für Ölimporte durch höhere Exporte zu kompensieren, und der Welthandel durch internationale Zahlungsschwierigkeiten kaum mehr expansive Züge aufweisen wird. Schon 1980 wird er nur noch um 3% (gegen 7% 1979) zunehmen. Krisenhafte Erscheinungen sind auf den internationalen Kreditmärkten angesichts der Passivpositionen der vom Ölimport abhängigen Länder in der Größenordnung von 120 Mrd. Dollar nicht von der Hand zu weisen. Bedeutende Konkurrenzländer, ich denke etwa an Japan, haben in den letzten Jahren in wichtigen Industriesektoren einen Vorsprung erzielen können, und dies vor allem aufgrund verbesserter Produktivität.

Die Verschärfung des Wettbewerbs auf den Weltmärkten kann für uns also nur bedeuten, die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu verbessern. Ich sehe die wichtigste Herausforderung für die deutsche Wirtschaft daher in der nachhaltigen Steigerung der Produktivität, in der noch stärkeren Zuwendung zu technisch hochentwickelten und hochwertigen Produkten mit noch höherem Know-how-Anteil und nicht zuletzt in einer modernen, dynamischen Ölsubstitutionspolitik, die der Stromerzeugung aus Kernkraft endlich den Weg frei macht. Der Kohleverstromungsvertrag mit den damit endlich eröffneten Kohleimportmöglichkeiten ist ein guter Schritt auf dem Weg: „Weg vom Öl“. Der Ausbau der Kernenergie wird damit jedoch in keiner Weise weniger lebenswichtig.

Ein erfolgversprechender Weg, der daran orientiert ist, die Produktivität der Wirtschaft zu erhöhen, muß also die Innovationskräfte der Wirtschaft aktivieren, darf sie nicht mit staatlicher Forschungsförderung zu reglementieren versuchen. Ich halte eine auf höhere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit setzende Politik aber nur dann für glaubwürdig, wenn sie zusätzlich daran orientiert ist, der notwendigen Kapitalbildung Spielräume zu schaffen, also die Rentabilitätsbedingungen zu verbessern. Zur Erreichung dieses Ziels müssen Unternehmen, Gewerkschaften und Staat zusammenwirken, denn mögliche Produktivitätssteigerungen dürfen nicht durch Lohn- und Kostensteigerungen überkompensiert werden. In der Lohnpolitik sollte sich endlich die Einsicht durchsetzen, daß der verengte Verteilungsspielraum akzeptiert werden muß, wie wir in der Steuerpolitik erwarten, daß sie Wachstumssignale setzt, statt vordergründige Verteilungspolitik zu treiben. Und schließlich ist die Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ganz entscheidend davon abhängig, daß die Gesamtpolitik der Wiedergewinnung der Stabilität dient. Hier muß die Frage erlaubt sein, wo glaubhafte staatliche Ansätze zu finden sind, die Anti-inflationspolitik der Bundesbank zu unterstützen. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, daß die öffentliche Verschuldung nicht noch weiter aufgeblättert werden darf und daß endlich mit einer Durchforstung der Staatsaufgaben und -ausgaben Ernst gemacht werden muß. Videant Consules! An diesen Kriterien, nämlich der Steigerung der Innovationskraft und der Produktivität, der Verbesserung der Eigenkapitalbildung und der Stabilisierung der Preisentwicklung, werden die heranstehenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu messen sein. Von ihnen hängt eine erfolgreiche Bewältigung der Zukunft ab.

Meine Herren!

In meinen bisherigen Darlegungen und Überlegungen dominierten wirtschaftliche bzw. wirtschaftspolitische Perspektiven. Ich hoffe, daß dies auch in Ihrem Sinne war. Angesichts der Spannungen in der Welt käme es mir ein wenig wie Froschperspektive vor, wenn es vor einem so hochansehnlichen Auditorium damit sein Bewenden hätte, richtet sich doch gegenwärtig unser aller Augenmerk auf die Spannungs- und Gefahrenherde im Mittleren Osten.

Die Geschehnisse in Afghanistan und im Iran sind zwar, von Ursache, Handlungsablauf und von den politisch-strategischen Implikationen aus betrachtet, völlig unterschiedlicher Natur. Dennoch haben sie zwei Gemeinsamkeiten. Die eine sind die eklatanten Verletzungen internationaler Rechtsfundamente einschließlich der Charta der Vereinten Nationen, die eindeutig das Maß des in den letzten Jahren leidvoll Erlebten überlaufen ließen. Das andere Gemeinsame sehe ich in der vielleicht letzten Chance der westlichen Bündnispartner, die notwendige Geschlossenheit und Übereinstimmung im gemeinsamen Handeln an den Tag zu legen. Letzteres ist offenbar und bedauerlicherweise mit argen Geburtswehen verbunden.

Sowenig wir uns in politische Verantwortlichkeiten einmischen wollen und dürfen, so wenig erscheint es mir angebracht, daß die Wirtschaft sich nur in Enthaltsamkeit und Meinungslosigkeit ergeht.

Die Industrie hat deutlich gemacht, daß sie den Primat der Politik akzeptiert. Allerdings erwarten wir ein besonders hohes Maß an Verantwortung bei der Abwägung, in welchem Ausmaß handelspolitische Instrumente für außenpolitische Ziele eingesetzt werden. Wir waren und sind selbstverständlich bereit, unseren Sachverstand für diesen Entscheidungsprozeß zur Verfügung zu stellen, was übrigens in internationalen Gesprächen wie im Dialog mit den USA und logischerweise mit der Bundesregierung wiederholt geschah und auch künftig geschehen wird. Bei allen internen und externen Debatten über Sinn oder Sinnlosigkeit gewisser Lieferbeschränkungen gegenüber der Sowjetunion bzw. der Absage, an den Olympischen Spielen in Moskau teilzunehmen, sollte Richtschnur unseres Handelns die Sicherung unserer Bündnispolitik für die weitere Zukunft sein. Ich bin überzeugt, daß ein danach ausgerichtetes Verhalten der Bundesrepublik – nicht mehr, aber auch nicht weniger – trotz vieler Belastungen und Anfechtungen die bestmögliche Friedenspolitik verkörpert. Eine solche Politik der Bundesregierung zu unterstützen und notwendige Einschränkungen auf uns zu nehmen ist eine staatsbürgerliche Verpflichtung der deutschen Wirtschaft und Unternehmer.

In der Geiselnahme von Teheran sehen wir eine flagrante Nichtbeachtung des Rechts. Die Vergeblichkeit aller bisher unternommenen Bemühungen zur Freilassung der Geiseln verlangt nun ein solidarisches Verhalten aller Länder. Diese Forderung ist durch den fehlgeschlagenen Befreiungsversuch Carters, den wir nicht zu bewerten haben, noch wichtiger geworden. In diesem Sinne verstehen wir die politischen Überlegungen, die auf eine Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Iran zielen. Wir wissen natürlich, daß damit im Einzelfall und für die Gesamt-wirtschaft spürbare Nachteile verbunden sein werden – Nachteile, die allerdings abgewogen werden müssen gegen die Chance der Wiederherstellung von Rechtssicherheit und geordneten Rahmenbedingungen für den Handelsverkehr, denn der Außenhandel aller Länder ist in besonderem Maße angewiesen auf die dauerhafte Geltung von Recht und Gesetz und auf die Sicherheit im Ausland tätiger Personen.

Wir gehen mit viel Ungewißheit und erheblichen Risiken in die Zukunft, daran ist kein Zweifel. Ich meine, wir haben nur wenig Zeit, uns auf eine neue Lage einzustellen, und wir sollten uns von der augenblicklich noch erfreulichen konjunkturellen Lage nicht in Sicherheit wiegen lassen. – Vorbeugen ist besser als heilen! Wenn wir noch lange lediglich reden von der Stunde der Wahrheit, von den veränderten Welthandelsentwicklungen, den verschlechterten terms of trade, von dem Über-die-Verhältnisse-Leben, ohne zu handeln, wird es bald zum Vorbeugen zu spät sein. Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehen!

Wenn sich Unsicherheit erst einmal breitmacht, ist sie so leicht nicht mehr zu beseitigen. Noch besteht Vertrauen, noch wird investiert, geforscht und entwickelt und dies trotz hoher Personalkosten und großer fiskalischer und administrativer Belastungen. Niemand kann behaupten, die Unternehmer seien Unterlasser, wie wir es auch schon hören mußten. Was wir erwarten, sind klare Ziele, hinreichender Handlungsspielraum, weniger bürokratische Bürden, weniger Gängelung, d. h. auch weniger Subventionen, wie es die ASU und die Jungen Unternehmer unlängst mit Recht postulierten; statt dessen für alle und besonders für die mittleren und kleineren Unternehmen bessere Rahmenbedingungen, die Forschung und Entwicklung, Innovation und Investitionen aus eigener Kraft ermöglichen. Denn davon hängt unsere Zukunft und die Beschäftigung unserer Belegschaften im höchsten Maße ab.

